

Die wirtschaftspolitische Transformation der Slowakei

Tassilo Maleta

TassiloMaleta@ampublish.com

A-300: 0308175

SE WS 2007/08

Universität Wien

Prof. P. Gerlich & W. Pospichal

1 Die Slowakei – Entstehung und wirtschaftspolitische Entwicklung

Der Slowakische Staat ist eine noch junge Republik. Er ging aus der Teilung der Tschechoslowakei hervor. Am 17. 07.1992 verabschiedete das Bratislava Parlament die Unabhängigkeit.¹ Doch damit waren die politischen und ökonomischen Probleme nicht gelöst. Dazu bedarf es einer kurzen Einführung.

Unter der kommunistischen Herrschaft sind enorme Anstrengungen unternommen worden den Lebensstandart im, damals slowakischen Teil des Staates anzuheben. Erreicht wurde dies mit dem Aufbau der Schwerindustrie. Besonders der Rüstungssektor spielte dabei eine wichtige Rolle. Nach dem Fall des Kommunistischen Regimes wurde dem Staat eine Privatisierungswelle verordnet. Wobei es zu zwei Kategorien kam.

Zum einen sind die großen Staatsbetriebe zu nennen. Sie unterstanden dem eigenen Programm der Regierung. Auf der anderen Seite existierten viele Klein und Mittelbetriebe. Diese mussten auf einen anderen Weg in Privateigentum umgewandelt werden. Der neue Staat musste sich dabei tiefen Veränderungen unterwerfen. Diese Transformation unterliegt dabei drei Ebenen. Zum einen wird die Wirtschaft neu Organisiert. Zum anderen müssen die staatlichen Institutionen umgebaut werden. Als letztes ist die Gesellschaft der Umwandlung unterworfen. Neue Perspektiven sollen dazu entwickelt werden und eine Verbesserung für die Bevölkerung zu ermöglichen.

In der Privatisierung der Wirtschaft ging die Slowakische Republik einen eigenen Weg. Zunächst entstand ein Privatisierungsministerium welches im September 1992 nach Markwirtschaftlich üblichen Methoden den Verkauf der Betriebe abwickeln soll. Dabei unterscheidet sich der Direktverkauf gegenüber der Tschechischen Republik. Die Kuponprivatisierung wurde nur noch als Ergänzung angesehen. In strategisch wichtigen Betrieben gibt es eine so genannte Goldene Aktie. Sie soll dem Staat auch bei der Privatisierung ein hohes Mitspracherecht garantieren.² Der neu Gewählte Ministerpräsident

Vladimir Meciar versuchte offenbar eine Doppelstrategie zu verwirklichen. Zum einen kam ein EU-Abkommen am 04.10.1993 zustande. Es beinhaltet Kooperation im Kapital und

¹ Bichler, 1959. S. 51.

² WIIW, 1993, S. 16.

Arbeitsverkehr sowie eine kulturelle und finanzielle Zusammenarbeit.³ Auf der anderen Seite wandte sich seine Politik nach Moskau. In der Regierungsperiode wurden rund 60 Kooperationsverträge mit Russland abgeschlossen. Vor allem an der Rüstungsindustrie gab es reges Interesse. Durch den staatlichen Einfluss in der Privatisierung ergab sich ein äußerst negatives Bild in der Öffentlichkeit. Hinzu kamen die immer schlechteren Wirtschaftsdaten.

„Stattdessen wurde ein Großteil der industriellen Güter der slowakischen Wirtschaft in äußerst dubiosen Verfahren an Freunde und Politgefährten des Premiers abgegeben.“⁴

Damit internationale Investoren Betriebe nicht auskaufen aber dennoch privatisiert wird gingen Firmen fast nur an Inländer. Vorwiegend an Parteigänger der HZDS und nahe stehende Personen des Premierministers.

Die geringen Erlöse schienen für das slowakische Budget kein größeres Problem zu sein. So sind große Staatsfirmen durch Manager oder Outsider ohne größere Eigenmittel übernommen worden. Doch nur durch den Besitz von Unternehmen lassen sich keine Gewinne erzielen. Dies wurde auch nicht beabsichtigt. Viel mehr erfolgte eine Aushöhlung der Unternehmen durch zahllose private Nebenfirmen. Dieses Vorgehen fand sich in vielen Reformstaaten wieder jedoch übertraf die Slowakei die anderen Länder um Längen. Der Höhepunkt dieser Misere war 1999. In diesem Jahr wurden 23 große Privatisierungen wieder aufgerollt bei denen angeblich Missverständnisse vermutet wurden. Weiter traute sich die Regierung jedoch nicht mehr. Der Unmut in der Bevölkerung sowie der wachsende Druck seitens der Europäischen Union zeigte seine Wirkung. Von den meisten Reprivatisierungen wurde also wieder Abstand genommen.⁵

Diese wirtschaftlichen und politischen Verschiebungen hatten ihren Preis. Im Jahre 1997 wurde am EU-Gipfel in Luxemburg die Slowakische Republik in die zweite Reihe der Aufnahmegespräche für die Kandidatenländer gereiht. Hinzu kam der Ausschluss aus der ersten Gruppe für eine NATO Partnerschaft.⁶ Die politische Wende erfolgte 1998. Bei den Parlamentswahlen, welche im Herbst abgehalten wurden, verlor der Ministerpräsident Meciar mit -36 % die Mehrheit im Parlament.⁷ Die bunte Opposition von linken bis zu bürgerlich konservativen hebelten die linksnationale HZDS-Regierung aus.

2 Eine erste politische Wende und die Reformen am Arbeitsmarkt

Neuer Regierungschef wurde Mikulas Dzurinda. Im darauf folgenden Frühjahr kam die zweite Niederlage. Bei der darauf folgenden Präsidentschaftswahl konnte Rudolf Schuster, langjähriger KP-Funktionär und ehemaliger Bürgermeister der ostslowakischen Stadt Kosice seinen Gegenkandidaten Meciar klar auf Distanz halten.⁸

Schlagartig setzte ein anderer politischer Kurs ein. Zunächst wurde das Verhältnis zur Europäischen Union korrigiert. Weiteres Augenmerk legte man auf die Verbesserung der staatlichen Institutionen. Bei der Rechtsstaatlichkeit wurden vor allem die Minderheitenrechte für die jeweiligen Volksgruppen in der Slowakei gelöst. Insbesondere für die Roma und Ungarn.⁹ Die neue Regierung erlangte trotz aller Streitigkeiten innerhalb der breiten Koalition einen großen Erfolg. Dieser Reformschwung stabilisierte die Regierung und der Ministerpräsident Dzurinda erreichte die Wiederwahl im Jahr 2002.¹⁰

³ Blagojevic, 2006.,S 96.

⁴ Engel, 1999, S.109.

⁵ Engel, 1999, S.109.

⁶ Blagojevic, 2006.,S.97.

⁷ Blagojevic, 2006.,S.97.

⁸ Engel, 1999, S.108.

⁹ Blagojevic, 2006.,S.98.

¹⁰ Blagojevic, 2006.,S.98.

Um eine gute Entwicklung für diese noch junge Republik zu erreichen wurde unter der neuen Regierung einiges Erreicht. Jedoch darf nicht vergessen werden unter welchen bürdien für die Bevölkerung dies geschaffen wurde. Die wichtigsten Änderungen betrafen den Arbeitsmarkt. Er war das wohl größte Problem des Landes.

Schon zur Zeit der CSFR existierte das Phänomen der versteckten Überbeschäftigung. Sie wurde nach dem Ende des Kommunismus von einer offenen Arbeitslosigkeit abgelöst. Jedoch konnte in der ersten Phase des Transformationsprozesses diese Überbeschäftigung nicht so einfach eliminiert werden.¹¹ Da die Beschäftigten nicht so schnell abgebaut werden konnten wie sich die Produktivität verringerte entstand eine noch höhere versteckte Arbeitslosigkeit.¹²

Dabei waren die Zahlen schon für 1991 in der damaligen CSFR schwer genug. Grobe Schätzungen gingen von einem Rückgang der Produktion von 22,5 % aus. Dies würde eine Steigerung der Arbeitslosenrate von 20 % nach sich ziehen.¹³ Dies wäre sozialpolitisch kaum verkraftbar und nicht erstrebenswert. Eine Steigerung der Produktivität war unter den gegebenen Umständen noch nicht möglich. Die Veränderung konnte also ohne politischen Maßnahmen nicht gesteuert oder behoben werden. Um zu unterstreichen welche unterschiedlichen Wege die Tschechische Republik und die Slowakei gegangen waren zeigen folgende Zahlen. Die Arbeitslosenquote lag 1992 in Tschechien bei 2,6 % in der Slowakei lag sie schon im selben Jahr bei 11,3 %.¹⁴

Mehre Faktoren spielen dabei eine Rolle. Ab 1993 wurden die makroökonomischen Reformen der Slowakei genau angepasst. Ziel der Regierung war die Förderung der makroökonomischen Expansion durch eine lockere Kreditpolitik. Sowie eine intensive Exportpolitik. Hinzu kam eine aktive Industriepolitik unter der mithilfe des Staates. Die gesamte Periode von 1993 – 1995 war von einer restriktiven Fiskalpolitik, jedoch verbunden mit einer progressiven Geldpolitik.¹⁵ Diese Maßnahmen verfehlten ihre Wirkung nicht. Jedoch mussten die Veränderungen angepasst werden. Von 1996 – 1998 wurde eine andere Wirtschaftspolitik eingeschlagen. Hauptaufgabe war nun das soziale Profil des Staates zu stärken. Das Wirtschaftswachstum wurde durch die Ausdehnung der öffentlichen Ausgaben weiter angefacht. Vor allem in die Realisierung von öffentlichen Institutionen wurde investiert. Wobei auch in die defizitäre Wirtschaft weiter Geld floss.¹⁶ Warum die Arbeitslosigkeit immer noch ein hohes Niveau erreichte hat vor allem mit dem demographischen Wandel der Gesellschaft zu tun.

3 Der demographische Wandel

Ein gesellschaftliches Kennzeichen der Transformation ist der Geburtenrückgang. Von 1989 bis 2001 verlangsamte sich die Geburtenrate. Im Jahr 2001 erfolgte zum ersten Mal ein natürlicher Rückgang der Bevölkerung. Jedoch griff die Slowakische Republik auf die gleichen Mittel zurück wie jedes andere Europäische Land und erhöhte die Zahl der Zuwanderer.¹⁷ Doch kann dieser Maßnahme die Probleme nicht verdecken. Die niedrige Geburtenrate kann in einigen Jahren wieder zu einem Hindernis werden. Denn bei einer hohen Zuwanderung braucht es immer auch ein umsichtiges Maß an Integration. Es ist auch immer ein Zeichen für soziale Probleme in der Bevölkerung. Denn nicht das

¹¹ Horvathova, 2003, .S.26.

¹² Horvathova, 2003, .S.26.

¹³ Horvathova, 2003, .S.26.

¹⁴ Horvathova, 2003, .S.27.

¹⁵ Horvathova, 2003, .S.32.

¹⁶ Horvathova, 2003, .S.32.

¹⁷ Horvathova, 2003, .S.33.

Wirtschaftswachstum sondern der Arbeitsmarkt muss einer sozialen Anpassung folgen. Hinzu kommt ein anderes Problem. Die höchsten Geburtenraten liegen in den weniger prosperierenden Ostteilen der Slowakei. Aber auch im ärmeren Norden des Landes. Städte wie *Stara Lubovna* oder *Dolny Kubin* weisen hohe Werte auf. Hingegen die Hauptstadt Bratislava und Umgebung den niedrigsten Wert von allen.¹⁸ Die Auswirkungen dafür sind klar. Dabei spiegeln sie die Phänomene der modernen Zeit wieder. Das Wirtschaftswachstum erfolgt dort wo es den geringsten Kinderanteil gibt. Hinzu kommt natürlich eine dauerhafte Anhebung des Durchschnittsalters. Seit dem Jahr 2001 erfolgte eine besondere Arbeitisnovation. Seit diesem Jahr wurden Arbeitsplätze durch gemeinnützige Aufgaben organisiert. Mittels dieser Idee wurden 25 – 30 000 neue Stellen geschaffen. Dies senkte die Arbeitslosigkeit innerhalb kürzester Zeit um beachtliches 1 %. Probleme sind dabei immer der kurzfristige Charakter dieser Beschäftigung.¹⁹ Jedoch schützen es die Menschen vor der sozialen Isolation und überbrücken die Zeit in einer Sinnvolleren weise als andere Maßnahmen. Vor allem ergibt sich dieses Problem bei unqualifizierten Arbeitskräften. Bei allen Bedenken kann eine solche Beschäftigung durchaus auch Erfolge aufweisen. Jedoch dient es der Senkung der Statistik. Die Strukturelle Arbeitslosigkeit zu beseitigen braucht Jahre, wenn nicht Jahrzehnte. Durch den Zerfall des Sowjetischen Systems und der Transformation der Industrie sprang die Arbeitslosigkeit 1991 zum ersten Mal deutlich nach oben. Ausschlaggebend waren der endgültige Zusammenbruch des Mittel und Osteuropäischen Marktes sowie die Konversion der Rüstungsindustrie.²⁰ In den Jahren 1993 – 1997 ist die Arbeitslosigkeit stabilisiert worden und Pendelte sich zwischen 12,6 und 14,4 % langsam ein.²¹ Aktuell bewegt sich die Zahl der Unbeschäftigten bei ungefähr 10,4 %.²² Warum trotz hoher Investitionen die Beschäftigungsquote zweistellig geblieben ist hat hauptsächlich mit den zwei großen Branchen zu tun welche die Hauptlast der Beschäftigung tragen. Der größte Anteil war und ist in der Industrie zu suchen. Der Arbeitsanteil dieses Zweiges an der Gesamtbeschäftigung sank 1996 von 27 % auf 1996 25,6 %.²³ Der zweite Träger mit hoher Beschäftigung ist der Handel. Jedoch ist dieser sehr Konjunktur abhängig und leidet schnell an Personal wenn die Lohnabschlüsse nicht hoch genug ausfallen. Weitere Beschäftigungsträger sind die Verwaltung des öffentlichen Dienstes sowie das Bauwesen.²⁴ Um die Investitionen weiter zu steigern begann die Regierung am 1. Januar 2004 eine neue Steuerreform.

3.1 Die Steuerreform 2004

Eine neue „*flat tax*“ verschmolzt Einkommen, Körperschaft und Umsatzsteuer in eine einzige Abgabe. Diese beträgt genau 19 % für Unternehmen.²⁵ Im selben Zeitraum wurde die Erbschaft und Schenkungssteuer ersatzlos gestrichen. Um diesen Ausfall halbwegs zu kompensieren wurde Erdöl und Treibstoff stärker besteuert.²⁶ Weiters liegt der Mehrwertsteuersatz in der Republik bei 19 %.²⁷ Diese radikale Reform schien notwendig. Sie könnte dabei als wirtschaftlicher Durchbruch gewertet werden. Denn das Steuergesetz welches noch bis 01.01.1993 gültig war galt als sehr unvollkommen. Dabei existierten 21

¹⁸ Horvathova, 2003, .S.33.

¹⁹ Horvathova, 2003, .S.41.

²⁰ Horvathova, 2003, .S.41.

²¹ Horvathova, 2003, .S.41.

²² URL.: <http://www.bildungsspiegel.de/aktuelles/eurostat-arbeitslosenquote-der-eurozone-stabil-bei-7-1.html?Itemid=262> [19. 03.2008]

²³ Horvathova, 2003, .S.41.

²⁴ Horvathova, 2003, .S.41.

²⁵ Blagojevic, 2006,.S.101.

²⁶ Blagojevic, 2006,.S.101.

²⁷ URL.: <http://www.slowakei.sk/firmengruendung/?page=steuern> [19.03.2008]

verschiedene Steuersätze und unterschied noch dazu 443 Einkommensarten.²⁸ Die aktuelle Regelung kennt diese zu komplizierte Finanzpolitik nicht. Der Investitionseffekt kann sich dabei durchaus sehen lassen. Jedoch bleibt die Frage ob es die Arbeitslosigkeit damit wirklich genug bekämpft hat. Die starken Strukturprobleme lassen sich durch Steuerpolitik alleine nicht lösen. Die Umstellung einer ganzen Infrastruktur kann Jahrzehnte dauern. Weiters dürfen die sozialen Probleme nicht außer Acht gelassen werden. Da es sonst zu einer gefährlichen Verschiebung in der Gesellschaft kommen kann.

Obwohl die Steuerreform eines radikalen „*tax cutting*“ entspricht setzte man auch auf soziale Maßnahmen. So werden bei einem Einkommen von 80.832,- SSK (= 2.020,80 EURO) überhaupt keine Einkommenssteuer bezahlt.²⁹ Dieses System entspricht unserem Negativsteuersatz. Es entlastet die untere Einkommensschicht sehr jedoch kann der soziale Effekt nur dann ausgeschöpft werden wenn die Preise für Wohnung und Energie stabil bleiben. Darüber hinaus sind diese Effekte nur dann Sinnvoll wenn die Bevölkerung einer Beschäftigung nachgeht. Für die schwächsten in der Gesellschaft sind diese Maßnahmen nicht ausreichend.

3.3 Die sozialen Maßnahmen

Um der sehr liberalen Steuerpolitik entgegen zu wirken wurden nicht nur die staatlichen Institutionen aufgewertet sondern auch das Arbeitsrecht gestärkt. Eine wichtige Einrichtung ist dabei die Einführung eines Mindestlohns von 7. 600 SSK pro Monat. (234,49 EURO).³⁰ Dieser wird zwölf mal ausbezahlt und dabei ist ein Urlaubs und Weihnachtsgeld nicht vorgesehen. Bei den Überstunden wurde ein jährliches Maximum von 150 Stunden eingeführt. Dies bedeutet, zu mehr Arbeitszeit darf es nicht kommen. Die entstandene Mehrzeit muss mindestens einen Lohnzuschlag von 25 % enthalten. Bei Arbeiten die am Wochenende und Feiertagen verrichtet werden müssen auch genau 25 % mehr pro Arbeitsstunde bezahlt werden.³¹ Eine weitere Festlegung ist der Kündigungsschutz. Im Gegensatz zu Österreich muss der Slowakische Arbeitgeber das Arbeitsverhältnis mit einer Begründung auflösen. Wobei die meisten Entlassungen wegen des Umbaus der Organisation oder auf Grund von Auslastungsschwierigkeiten erfolgen. Die Frist dafür beträgt zwei Monate. Sollte diese Entlassung nicht einvernehmlich erfolgen sind zwei Monatsgehälter zu bezahlen. Die Abfertigung erhöht sich mit den Beschäftigungsjahren. Nach fünf Jahren oder länger erhöht sich die Abfertigung um mehr als drei Monatsgehälter.³²

Um einer Willkür im Angestelltenverhältnis vorzubeugen müssen Entlassungen mit einem wichtigen Grund und mehrmaligen Mahnbriefen erfolgen. Hinzu kommt natürlich das jedes Arbeitsverhältnis mit einem Arbeitsvertrag ausgestattet sein muss welches Sozialversicherungspflichtig ist.³³ Auch auf die Entgeltfortzahlung im Krankheitsfall wurde nicht verzichtet. Wobei der Dienstgeber eine Auszahlung von maximal zehn Tagen übernimmt. Die restliche Zeit bezahlen die staatlichen Versicherungsträger. Während eines Krankenstandes ist die Kündigung ausgeschlossen. Sollte der Ausfall länger als ein Jahr dauern kommt er zu einer Überprüfung. Danach wird entweder eine Invalidität oder eine Arbeitsunfähigkeit festgestellt.³⁴

²⁸ Gregusova, 2005.S.4.

²⁹ Gregusova, 2005.S.4.

³⁰ Feith, 2007.S.2.

³¹ Feith, 2007.S.2.

³² Feith, 2007.S.2.

³³ Feith, 2007.S.2.

³⁴ Feith, 2007.S.2.

Gründe für diese Maßnahmen liegen auf der Hand. Fast alle Arbeitsrechtlichen Gesetze sind für die Industrie gemacht. Steuerpolitisch wurde vieles vereinfacht. Die geringen Lohnstückkosten machen die Slowakei interessant. Darüber hinaus wurden allerdings auch die Institutionen des Staates gestärkt. Vor allem achteten die Regierungen auf die Sozialversicherungsregime sowie auf die Pensionseinzahlungen. Dies ist eine Voraussetzung für eine stabile Wirtschaftspolitik. Wenn diese Reformen versäumt werden kann es zu einer gefährlichen Schieflage in der Gesellschaft kommen. Wichtige Gelder könnten dabei verschwinden oder die Institutionen in Korruption versinken.

Die Demokratie ist dabei ein wichtiges Instrument jedoch nicht das einzige in diesem Reformkurs. Der Slowakischen Republik ist nach anfänglichen Schwierigkeiten jedoch einiges gelungen. Wahrscheinlich auch deshalb da es den ungebremsten Privatisierungswahn der neunziger Jahre mit Übersicht begegnen konnte. Bezeichnend ist dabei die Erkenntnis Milton Friedmann im Jahr 2001.

*„Ein Jahrzehnt zuvor, sagte er, hätte er Ländern, die den Sozialismus überwinden wollten, dreierlei geraten: Privatisieren, Privatisieren, Privatisieren. Aber ich hatte Unrecht. Fuhr er fort. Es hat sich gezeigt, dass Rechtsstaatlichkeit wahrscheinlich wichtiger ist als Privatisierung“.*³⁵

3.4 Transformationen mit Umsicht

Um die wirtschaftliche Transformation erfolgreich zu gestalten müssen ausländische Direktinvestitionen effektiv umgesetzt werden. Da diese Projekte einen langfristigen Charakter haben spielen auch politische Faktoren eine große Rolle. Geopolitisch kommt der Slowakischen Republik ihre Nähe zu starken Industrieländern sehr entgegen. Zum anderen hat man politische Risiken minimiert.

Dazu gehören:³⁶

1. Allgemeine politische Stabilität;
2. Klare Steuer und Währungspolitik;
3. Gut funktionierende Rechtsstaatlichkeit

Auf der wirtschaftlichen Ebene wurden die Aufgaben klar erkannt und auch gelöst.

Dazu gehören:³⁷

1. Inflation
2. Wechselkursrisiko und Zinssätze
3. Wirtschaftszyklen
4. Zahlungsfähigkeit des Landes

Diese Auslandsinvestitionen begannen vor allem 1992 spürbar anzusteigen. Zu Beginn waren es 156 Mio., US-\$ gegen Ende desselben Jahres waren es schon ca. 240 Mio., US-\$. Mit diesem Geld sind 2.900 Projekte verwirklicht worden.³⁸ Jedoch reicht es für eine merkliche Belebung der Industrie nicht aus. Vor allem fehlte es zu Beginn an großen Investoren.

Mit rund 63. Mio. US-\$ (27,3 %) war Österreich führend. Danach folgte Deutschland mit 59. Mio. US-\$ (25 %) und die USA mit 45,3 Mio. US-\$ (19,2 %). Der Rest viel auf andere

³⁵ Vgl. Friedman im Interview mit Gwartney und Lawson in Fukuyama. 2006, S.35.

³⁶ Klima, 2000.S.22.

³⁷ Klima, 2000.S.22.

³⁸ WIIW, 1993.,S. 39.

Länder. Wichtig sind diese Daten da der Staat in direkter Konkurrenz zur Tschechischen Republik steht. Die Investitionen sind in diesem Gebiet weit aus höher gewesen als in der Slowakei. Hinzu kam dass, in etwa 70 % der Fälle die einzelnen Projekte nicht mehr als 3 600 US-\$ Volumen hatten. Nur 17 Unternehmen erreichten eine Höhe von 3,5 Mio. US-\$ und nur ganze zwei Projekte überstiegen den Betrag von 17 Mio. US-\$.³⁹ Es war ein Anfang aber noch ein weiter Weg um den Lebensstandart der Bevölkerung zu heben.

Hinzu kommt die ungleiche Verteilung. Rund 66,5 % der Investitionen wurden in der Hauptstadt Bratislava getätigt. In weiterer Folge verteilten sich allerdings auch die Geldströme gleichmäßiger. Warum dies geschehen ist hat mit einer langen Industrietradition im Automobilbau zu tun. Heute ist diese Branche eine führende Industrie des Landes geworden. Hier spielen zwei Komponenten eine wesentliche Rolle. Zum einen die lange Tradition im Transportmittelbau, also in der Zulieferindustrie. Auf der anderen Seite gibt es ein ökonomisches Argument.

„Wenn die Lohnkosten nur 7 % der Gesamtkosten ausmachen (in Deutschland 25 %), das Lohnniveau in etwa ein Fünftel, die Arbeitsproduktivität dagegen 50 % des westlichen Niveaus, dann sind beide Länder attraktive Standorte für westliche Automobilkonzerne.“⁴⁰

3.5 Von der Rüstungsindustrie zum Autobauer

Diese Analyse ist eindeutig Aufgegangen. Jedoch sollte Sie nicht so selbstverständlich in Raum stehen bleiben. Doch zunächst die positiven Effekte. Durch die schon erwähnte Steuerreform erfolgte ein Investitionsschub der großen Automobilbauer. Die Konzerne rechneten die Slowakei fest in ihre internationale Strategie ein. In der Mittelslowakei Baute der Südkoreanische Konzern Hyundai ein Zulieferwerk. In *Zilina* wurden damit 5 000 Arbeitsplätze geschaffen. Diese Ansiedlung hat enorme Multiplikationseffekte. In der Hauptstadt Bratislava siedelte sich die Volkswagen AG an. Peugeot und Citroen eröffneten ein neues Werk in *Trnava*. Die letzte große Investition erfolgte durch den zweiten großen Südkoreakonzern KIA. Auch dieser Baute eine Industrieanlage in *Zilina*.⁴¹ Viele Volkswirte stellen bis heute die Wahrscheinlichkeit auf das die Slowakische Republik bald die Nummer Eins in der Jahresproduktion von Autos werden könnte. Eine Leitindustrie könnte daraus entstehen.

Warum die Arbeitslosigkeit dennoch auf einem zweistelligen Niveau blieb hat in diesem Fall einen Grund. In der langen Industriegeschichte des Landes bestand die Produktion vor allem in Vor- und Halbfabrikate die dann ins Ausland Exportiert wurden.⁴² Vor allem die damalige Rüstungsindustrie ging zu 80 % in den Welthandel. Davon wiederum zwei Drittel in die RGW-Länder.⁴³ Dieser Absatzmarkt brach, wie schon beschrieben endgültig auseinander. Die rund 100 000 Beschäftigten in der Region rund um *Martin, Dubnica nad Va'hom* und *Pocazska Bystrica* Produzierten viel jedoch waren die hoch Entwickelten Produkte wie Flugzeuge, Radartechnik und Flugzeugelektronik in der Tschechischen Republik angesiedelt.⁴⁴ Ein Mehrwert konnte aus der Rüstungsindustrie nicht mehr entstehen da Ihr die Substanz fehlte.

Die neu entstandene Autoindustrie konnte die negativen Beschäftigungseffekte zwar nicht Komplette umkehren jedoch um einiges mildern. Zu den Exporten kommt im Laufe der Jahre

³⁹ WIIW, 1993, S. 39.

⁴⁰ WIIW, 1993, S. 39.

⁴¹ Blagojevic, 2006, S.102.

⁴² Blagojevic, 2006, S.102.

⁴³ WIIW, 1993, S. 64.

⁴⁴ WIIW, 1993, S. 64.

eine starke Binnennachfrage. Aktuell besitzen 40 % der Haushalte einen PKW.⁴⁵ Diese geringe Zahl weist auf ein hohes Wachstumspotential hin.

Insgesamt lässt sich eine geglückte Industriepolitik nachzeichnen. Jedoch ist Sie von größeren Schwierigkeiten geprägt als etwa in der Tschechischen Republik. Die fehlende industrielle Substanz musste erst durch eine andere und vor allem neue Produktion ersetzt werden. Deshalb war auch der Strukturwandel schwerer durchzuführen. Bis heute ist trotz guter Zahlen dies in der Arbeitslosenstatistik abzulesen.

4 Fazit und Ausblicke

Innenpolitisch war und ist vor allem der Umgang mit den Minderheiten ein brennendes Thema. Vor allem die 6 00 000 Ungran in der Südslowakei geben immer wieder Anlass zu heftigen Debatten.⁴⁶ Aber das Problem wird sich auf demokratischen Wegen lösen lassen. Da die ungarische Wahlpartei *Együttelés* (zu Deutsch *Zusammenleben*) auch schon Mitglied einiger Regierungen war.⁴⁷ Politisch hat sich die Bevölkerung aus eigener Kraft demokratisiert. Zu Beginn der Republik war die HZDS unter Vladimir Meciar eine starke vor allem auf den Staat fixierte Kraft. Jedoch entstand unter diesen Bedingungen eine breite Koalition welche im März 1994 die HZDS zu Fall bringen konnte.⁴⁸ Auch wenn sich der erste Ministerpräsident der Republik manchmal noch zurück melden konnte zerbrach seine Partei immer wieder an inneren Querellen.

Vor allem waren die Erfolge anderer Regierungen unübersehbar. Erstaunlich war dabei das stetige Ansteigen des Bruttoinlandsprodukts. Zunächst zwischen 1993 und 1998. Dieses Wachstum entstand vor allem durch die hohen Schulden des Premierministers Meciar.⁴⁹ Doch sein Kurs konnte die Bevölkerung nicht mehr tragen.

Die neue Regierung unter *Dzurinda* erbrachte neue Wirtschaftsreformen und wurde dafür 2002 wieder gewählt.⁵⁰ 2004 kam es zu einer radikalen Steuerreform jedoch mit sozialen Gesetzen flankiert. Ein Investitionsschub setzte ein und macht das Land von einem ungewissen EU Kandidaten zu einem Vorzeigeland der Reformstaaten in Mitteleuropa. Die geglückte Industriepolitik, welche auch mit einem großen Risiko verbunden war hat sich für die Republik gerechnet. Der ausgeglichene Parlamentarismus der die staatlichen Institutionen gestärkt hat trug das Übrige dazu bei. Die heutige Regierung kann unter *Robert Fico*⁵¹ auf die Erfolge und Erfahrungen der letzten Jahre setzen. Die Transformation ist in der Slowakischen Republik noch nicht abgeschlossen. Jedoch haben Sie einen sehr erfolgreichen Weg gefunden. Darüber hinaus sind die größten Schwierigkeiten aus eigener Kraft geregelt worden. Dies ist wohl der größte Erfolg unseres Nachbarlandes und lässt auf eine gute Zukunft bauen.

⁴⁵ Illy, 2004, S.7.

⁴⁶ Bichler, 1995. S.53.

⁴⁷ Bichler, 1995. S.53.

⁴⁸ Bichler, 1995. S.53.

⁴⁹ Illy, 2004. S. 9.

⁵⁰ Illy, 2004. S. 9.

⁵¹ URL.: http://www.slowakei-net.de/deutsch/slowakei_daten.html [20.03.2008]

Bibliographie

- Bichler, Stefan : Tschechen und Slowaken, Diplomarbeit, 1995.
Blagojevic, Sona : Regionale Beschäftigungseffekte des EU-Beitritts der Slowakei, Dissertation, 2006.
Engel, Reinhard : Der harte Weg nach Europa, Wien, Deuticke Verlag, 1999.
Fath Janos : WIIW – Die Industrien Tschechiens und der Slowakei: Profile, Trends und Bezug zu Österreich. 1993.
Feith, Peter : Steueroase Slowakei, 2007.
Fukuyama, Francis : Staaten Bauen, Berlin, Ullstein Verlag, 2006.
Gregusova, Barbara : Steuersystem in der Slowakischen Republik, Diplomarbeit, 2005.
Harvathova, Maria : Entwicklung des Arbeitsmarktes und Beschäftigungspolitik in der Slowakei und Tschechischen Republik, Diplomarbeit, 2003.
Illy, Michal : Vergleichende Analyse der Produktion. Diplomarbeit, 2004.
Klima, Lenka : Kooperationsbeziehungen und ausländische Direktinvestitionen in der Slowakei, Diplomarbeit. 2000.

Internet

Der Bildungsspiegel im Internet unter URL.:

<http://www.bildungsspiegel.de/aktuelles/eurostat-arbeitslosenquote-der-eurozone-stabil-bei-7-1.html?Itemid=262> [19. 03.2008]

MMC Consulting im Internet URL.:

<http://www.slowakei.sk/firmengruendung/?page=steuern> [19.03.2008]

Höpfl Armin im Internet URL.:

URL.: http://www.slowakei-net.de/deutsch/slowakei_daten.html [20.03.2008]